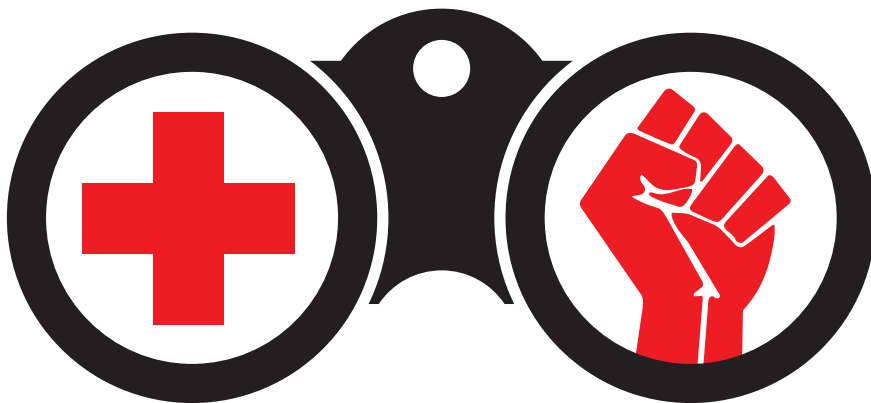




Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten **Dezember 2015**



Auf der Suche nach der Strategie

UmCARE-Strategiekonferenz in Berlin

❖ Vom 15. bis zum 18. Oktober kamen rund 400 TeilnehmerInnen auf der UmCARE-Strategiekonferenz in Berlin zusammen, um in rund 30 Workshops, Arbeitstreffen und Podien nach gemeinsamen Strategien für bessere (Arbeits-)bedingungen im Gesundheitswesen zu suchen. Auch die Praxis kam mit einer öffentlichen Aktion auf dem Alexanderplatz nicht zu kurz. Veranstaltet wurde die Konferenz unter anderem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Netzwerk Care Revolution.

Die Pflegebranche der Bundesrepublik leidet unter drückendem Personalmangel, weil sie – politisch gewollt – nach den Gesetzen von Markt und Profit wirtschaften soll. Qualifiziertes

Personal kostet, mit schlechter Versorgung kann man auch Profit machen. Nicht mehr alle Beschäftigten lassen sich das gefallen. Es rumort, die Pflege begehrt auf. Die Frage, wie sich Verbesserungen in der Pflegebranche erreichen lassen, wurde auf der Konferenz am häufigsten beantwortet mit: durch mehr Streiks.

Die Tagung stand vor allem unter dem Eindruck des Streiks an der Berliner Charité für mehr Personal. Dies prägte auch die inhaltlichen Diskussionen in den über 30 Seminargruppen. »Mehr Personal bekommen wir nur über den Weg der Charité«, meinte etwa Thomas Böhm, Landesbezirksvorstand der Gewerkschaft ver.di in Baden-Württemberg, er sprach in der
➔ Fortsetzung auf Seite 2



182.000 für mehr Personal

ver.di-Online-Petition erfolgreich

Nun sind auch alle Unterschriftenlisten, die nach dem Ende der ver.di-Online-Petition für mehr Personal im Krankenhaus bei ver.di eingetroffen sind, an den Petitionsausschuss übergeben. Kisten mit 30.000 Unterschriften lassen die Gesamtzahl der Unterstützer/innen auf 181.988 anwachsen. 151.600 waren schon am 12.10. übergeben worden. Das ist ein großartiger Erfolg, der zeigt, wie brennend das Thema ist.

Aber Unterschriften alleine sorgen noch nicht dafür, dass sich die Zustände in den Krankenhäusern tatsächlich ändern. Wie also geht es jetzt weiter?

Nach der öffentlichen Anhörung im Bundestag am 30. November (nach Redaktionsschluss) wird der Bundestag über die Petition beschließen. Doch egal, wie der Beschluss ausfallen wird, die Beschäftigten in den Krankenhäusern werden weiter Druck für ihr Ziel machen müssen.



Im Stich gelassen

Versorgung der Flüchtlinge in Berlin ist katastrophal

Vom Senat im Stich gelassen, waren Flüchtlinge bis Anfang November auch bei der medizinischen Betreuung auf freiwillige Helfer angewiesen. Erst dann baten Gesundheitssenator Czaja und das Lageso die Charite um Unterstützung.

Einsatzort der Ärzte und Pfleger ist die ehemalige Medianklinik und drei weitere Einrichtungen und die Behandlung traumatisierter Flüchtlinge. Zur Entlastung der Charite ist nun auch Vivantes in die Versorgung der Flüchtlinge eingestiegen. Die Ärzte und Pfleger von der Charite und Vivantes arbeiten hauptamtlich, d.h., sie bekommen ihren Einsatz als Arbeitszeit angerechnet und bezahlt. Das ist auch gut so. Allein der Senat tut sich schwer in den Verhandlungen um die Erstattung der Personalkosten. Beide Häuser sind erst mal in Vorleistung gegangen in der Erwartung, die Kosten erstattet zu bekommen. Dass die Senatsverwaltung hier nicht umgehend feste Zusagen macht über die Finanzierung ausreichenden medizinischen Personals, ist ein Skandal. Denn erst die Vernachlässigung und Unterfinanzierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes durch den Senat hat den Mangel an hauptamtlichen Kräften geschaffen. Hier gegenzusteuern, ist im Interesse aller Berliner.

Man braucht (Bündnis-)Strategien, um die Kämpfe auch als gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen zu führen.

» Fortsetzung von Seite 1
Arbeitsgruppe »Strategien für gesetzliche Personalbemessung im Krankenhaus«. »Als Ausgangspunkt bleibt uns doch nur die betriebliche Ebene«, bemerkte ein Pfleger. Aus Hamburg berichtete eine Kollegin, dass auch in ihrem Krankenhaus beraten werde, wie man einen Streik anstellen könne. Das Berliner Beispiel hätte sie doch sehr ermutigt.

Der ver.di-Gewerkschaftssekretär Kalle Kunkel, der die Belegschaft der Charité betreut hatte, warnte, den Kampf um eine bessere Pflege nur auf der Betriebsebene führen zu wollen. Während des Ausstands sei das Bündnis »Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus« unverzichtbar gewesen. Ohne Unterstützung auch von außerhalb der Gewerkschaften sei das Ringen um die öffentliche Meinung kaum zu gewinnen.

Eins ist deutlich geworden: Es gibt nicht die eine Strategie, sondern jeweils spezifische Bedingungen, die berücksichtigt werden müssen. Um gesellschaftlich wirkmächtig zu werden, müssen die unterschiedlichen Initiativen allerdings auch praktisch vernetzt werden und koordiniert vorgehen. Man braucht (Bündnis-)Strategien, um die Kämpfe auch als gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen zu führen. Eine der zentralen Fragen, die sich durch die Konferenz zogen, war, wie sich Beschäftigte im Gesundheitswesen erfolgreich organisieren können - auch unter den Bedingungen von Outsourcing, Tariffucht, befristeter Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit.

Thematisiert wurden auch die skandalösen Mängel in der Versorgung von Flüchtlingen und die Defizite in der

öffentlichen Daseinsvorsorge. Beschäftigte, Bürger und Flüchtlinge würden in einem inszenierten Wettbewerb um knappe Ressourcen gejagt und gegen einander ausgespielt - anstatt gute Bedingungen für alle zu schaffen.

Ohne eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird es wohl nicht gehen.



Aufruf an die Schrittmacher-Leserschaft

Liebe Leserin, lieber Leser,
seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Viel heiße Luft bei der SPD

Vivantes-Beschäftigte protestieren gegen leere Versprechungen

Die Beschäftigten bei Vivantes kämpfen seit längerem für den TVöD für alle und gegen die Tariffucht durch Ausgründungen in Tochtergesellschaften. Am 14.11. protestierten sie nun gemeinsam mit Beschäftigten aus verschiedenen Betrieben und Einrichtungen des Landes Berlin vor dem Eingang des bcc, wo der Landesparteitag der SPD stattfand, gegen prekäre Beschäftigung im Land Berlin.

Am 13. Juni 2015 hatte der SPD-Landesparteitag einstimmig die Aufnahme von Verhandlungen über den TVöD für alle Beschäftigten bei Vivantes und die Auflösung der Tochter „Therapeutische Dienste“ gefordert. Dafür dankten die Beschäftigten den Delegierten. - doch passiert ist bisher: NICHTS.

SPD-Senatoren und SPD-Fraktion erhielten den Auftrag, für alle Beschäftigten in den Tochterunternehmen Tarifverhandlungen zu führen. Das Ziel: Alle bei Vivantes sollten wieder den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst erhalten.

Doch weder in der SPD-Fraktion noch im Senat tut sich etwas - und das, obwohl Finanzsenator Kollatz-Ahnen im Aufsichtsrat von Vivantes sitzt. Vivantes-Klinikchefin Andrea Grebe sträubt sich vehement dagegen, den TVöD bei den 13 Töchtern wieder anzuwenden und macht Stimmung gegen das Anliegen der Beschäftigten mit dem

alten Märchen, dass ansonsten die Arbeitsplätze der fast 15.000 Beschäftigten gefährdet seien.

Das ganze entwickelt sich langsam zu einem Glaubwürdigkeitsproblem für die SPD. Denn nicht nur von Seiten der Protestierenden wurde die Frage gestellt, ob Beschlüsse der SPD-Basis auch von den Verantwortlichen in Partei, Abgeordnetenhaus und Senat umgesetzt werden sollen.

150 Postkarten - im Rahmen einer Aktionswoche jeweils von mehreren Vivantes-Beschäftigten unterschrieben - thematisierten die Situation und wurden den Delegierten beim Landesparteitag persönlich auf die Plätze im Saal gelegt.

Das Beispiel zeigt, dass die Beschäftigten von Vivantes gut daran tun, sich auf ihre eigene Kraft und die ihrer Gewerkschaft ver.di zu verlassen. Druck auf Parteien und Abgeordnete zu machen ist richtig, um seine Interessen durchzusetzen - Verlass ist auf die bürgerlichen Parteien und Parlamente aber nicht. Es ist nicht das erste Mal, dass Beschäftigteninteressen von ihnen ignoriert werden - ebenso wie Beschlüsse der Parteibasis. Denn sie haben das nächste Wahlergebnis im Blick und nicht praktische Lösungen.

Nur wer sich organisiert und sich gemeinsam mit anderen aktiv wehrt, wird etwas erfolgreich verändern können.



Stoppt TTIP und CETA!

250.000 auf der Straße gegen TTIP

Über eine Viertelmillion Menschen demonstrierten am 10. Oktober in Berlin gegen TTIP. Über drei Millionen aus ganz Europa hatten bis dahin das Bürgerbegehren gegen die geplanten Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA (TTIP) sowie Kanada (CETA) bereits unterschrieben.

Der Präsident der kanadischen Gewerkschaft der Angestellten im öffentlichen Dienst schilderte in seinem Beitrag die Auswirkungen des bereits bestehenden Handelsabkommens zwischen den USA und Kanada: Die Herrschenden hatten Wohlstand versprochen, jedoch haben bisher 650.000 kanadische und eine Million US-amerikanische Arbeiter ihren Job verloren.

Bei beiden Abkommen geht es um die Abschaffung von Schutzrechten („Nichttarifäre Handelshemmnisse“) und die Sicherung von zu erwartenden Profiten sowie den Abbau demokratischer Rechte („Investitionsschutz“). Das geht so weit, dass selbst Gesetzgebungsverfahren zukünftig auf den Prüfstand sollen, wenn sie möglichen Profiten der Konzerne im Wege stehen. Betroffen wären alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Der Widerstand dagegen muss noch größer und breiter werden!

Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun: Selber tun!

XXI. Internationale Rosa-Luxemburg- Konferenz

Am 9. Januar 2016 findet im URANIA-Haus in Berlin die XXI. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz statt. Organisiert von der Tageszeitung junge Welt ist sie der traditionelle und größte Jahresauftakt der linken und fortschrittlichen Menschen in der Bundesrepublik. Eine einzigartige Möglichkeit, sich über die brennenden politischen Fragen auszutauschen, mit Wissenschaftlern, Aktivisten und Politikern zu diskutieren und linke Kultur zu genießen. Zahlreiche Organisationen, Vereine und Verlage machen Info-Stände. Die DKP findet ihr übrigens im Cafe K. auf der Konferenz. Dort ist für geistiges und materielles Futter gesorgt. Wir freuen uns auf euren Besuch. Am nächsten Tag geht es dann auf die Luxemburg-Liebnecht-Demo, um der beiden Ermordeten zu gedenken.

Rosa-Luxemburg-Konferenz
Fr, 9. Januar 2016 | Urania

Luxemburg-Liebnecht-Demo
Sa, 10. Januar 2016 | 10.00 Uhr
Frankfurter Tor



Kontakt & Impressum:
Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Mail: info@dgp-berlin.info
Web: www.dgp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Die Kriegsgefahr ist riesig!

DKP-Parteitag orientiert gegen Krieg und Neofaschismus

„Es brennt. Sprichwörtlich, wenn nach Pegida in Dresden und Erfurt nun der Alternative für Deutschland (AfD), die selbst ihr Mitbegründer, Großkapitalist Henkel als NPD-light bezeichnet, in Berlin eine Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmern gelingt (...) Es brennt, tagtäglich in Flüchtlingsunterkünften, tagtäglich Anschläge. (...) Es brennt real bei Auslandseinsätzen und Rüstungsexporten, die Zahl der weltweiten Kriegsherde lässt sich kaum mehr bestimmen. (...) Die Anzahl der Menschen, die weltweit vor Krieg, Hunger, Perspektivlosigkeit fliehen, hat sich auf 60 Millionen erhöht, das ist die höchste Zahl in der bekannten Geschichte der Menschheit (...)“

Mit diesen (Brand-)Worten begann der Parteivorsitzende der DKP, Patrik Köbele, den 21. Parteitag im hessischen Frankfurt. Über zwei Tage berieten die Delegierten ihr Arbeitsprogramm für die nächsten zwei Jahre und wählten ihren neuen Parteivorstand.

Inhaltlich ging es an dem Wochenende Mitte November um die Analyse aktueller Entwicklungen. Welche Rolle spielt das deutsche Kapital in der Welt? Wie gefährlich ist der US-Imperialismus für den Weltfrieden? Wie ist der Zustand der Gewerkschaften und wie sind die Arbeitskämpfe in Deutschland einzuschätzen? Welche Schlussfolgerungen

sind daraus zu ziehen? Fragen, die in der Debatte eine große Rolle spielten, da sie natürlich die Grundlage für das Wirken der Kommunisten in Deutschland sind. Angesichts der internationalen Lage beschloss der Parteitag, den Schwerpunkt auf den Kampf gegen die sich immer stärker drohende Kriegsgefahr zu setzen. Die derzeitige Flüchtlingsbewegung ist überhaupt erst durch die von den westlichen Industrienationen, allen voran die USA, bewirkte Destabilisierungspolitik im Nahen und mittleren Osten entstanden.

Daher setzt die DKP dort an, wo schon Karl Liebnecht den wichtigsten Ansatzpunkt für den Widerstand sah: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Wenn in Deutschland die Politik verändert werden kann, hat das – aufgrund der Rolle Deutschlands in der Weltwirtschaft – Auswirkungen auf andere Länder. Die DKP setzt sich zugleich in Reformkämpfen für die Gegenwartsinteressen der arbeitenden Menschen ein. Es gibt für sie keine nebensächlichen Fragen, wenn es um die heutigen Belange und Interessen der Arbeiterklasse geht. Der sprichwörtliche „Kampf um das Teewasser“ in den Betrieben und in den Kommunen bleibt ein unverzichtbares Markenzeichen kommunistischer Politik. Mit ihren beschlossenen Aktionen wird die DKP ihren Teil zum Widerstand gegen den Sozial- und Demokratieabbau in Deutschland beitragen.

Weitere Infos: news.dgp.de